

16./1. 1919

58

Der künftige Brotpreis und seine Bedeckung.

Wien, 15. Januar.

Bis zur nächsten Ernte werden noch große ausländische Lebensmittelbezüge erfolgen müssen. Hierbei sind vor allem zwei Fragen zu beantworten. Erstens die Finanzierung, zweitens die Aufteilung der Kosten. Die Finanzierungsfrage ist noch nicht gelöst; die Vertreter der Entente haben in Wien erklärt, daß sie Deutschösterreich die wiederholt erwähnten Mengen an Lebensmitteln zunächst vorzugsweise zur Verfügung stellen, und die Regierung hat ein Depot in Kronen zur Deckung erlegt. Endgültig wird diese Angelegenheit erst in Paris geregelt werden. Es handelt sich hierbei um viele Hunderte von Millionen, und da Deutschösterreich nicht genügend Zahlungsmittel in fremder Währung hat, wird dem Lande ein Kredit eingeräumt werden. Der Tiefstand der Valuta bedingt sehr hohe Preise für die ausländischen Lebensmittel. So kostet das jetzt importierte Getreide 300 Kronen ein Mittelmeerhäfen, wozu noch die Fracht, die Vermahlungskosten usw. kommen, so daß der Gestehungspreis des ausländischen Mehles zwischen 3 Kronen 30 Heller und 3 Kronen 50 Heller betragen dürfte. Das inländische Brotmehl hat eine Krone, das Roggenmehl 1 Krone 50 Heller bis 2 Kronen 50 Heller gekostet. Das Staatsamt für Finanzen hat es bei den großen Summen, die in Betracht kommen, als ausgeschlossen bezeichnet, daß es den Preisunterschied auf sich nimmt, weil er dem Staat bis zur neuen Ernte beim Mehl allein 600 Millionen kosten würde. Als ebenso ausgeschlossen hält es die Regierung, daß etwa der gesamte Aufwand für das Mehl von der Bevölkerung getragen wird, indem man ihn einfach auf den Konsum überwälzt, was auch dahin führen müßte, daß ausschließlich die städtische und industrielle Bevölkerung getroffen würde. Seit mehr als einer Woche werden Verhandlungen zwischen dem Staatsamt für Volksernährung und jenem der Finanzen darüber geführt, wie die Kosten der Lebensmittelimporte gedeckt werden sollen, wobei die beiden Ämter darüber einig sind, daß weder der Staat noch die konsumierende Bevölkerung den ganzen Mehraufwand auf sich nehmen kann.

Es sind verschiedene Vorschläge der Prüfung unterzogen worden. Hierbei wurde es als Grundsatz bezeichnet, daß die ganz unbemittelten und mittleren Schichten möglichst entlastet werden. Es ist auch eine Staffelung der Mehlpreise erwogen, aber als technisch undurchführbar erklärt und aus der weiteren Diskussion ausgeschlossen worden. Es wurde noch eine Reihe anderer Projekte erörtert, so die Einführung eines Zuschlages zur Hauszinssteuer, da der Zins gewisse Anhaltspunkte für die wirtschaftliche Lage des Verbrauchers bietet, ferner der Plan eines Zuschlages zur Grundsteuer. Die Besprechung dieser Formen der Bedeckung ließ jedoch keine die Regierung befriedigende Lösung der Frage voraussehen. Derzeit steht die Absicht im Vordergrund, die Mehrkosten des künftigen Brotpreises durch eine kombinierte Methode zu decken. Ein Teil dieser Last soll

in einem Umfange, bei welchem, wie erklärt wird, die Mehlbeziehungsweise Brotpreise nicht allzusehr gesteigert werden würden, auf den Konsum überwälzt, ein Teil im Wege einer besonderen Steuer heringebracht werden, welche sowohl die landwirtschaftliche als die bessergestellten Kreise der städtischen Bevölkerung in einer progressiven Steigerung treffen würde. Das ursprüngliche Projekt eines Zuschlages zur Personaleinkommensteuer wird fallen gelassen und eine besondere Steuer geschaffen, die sich in ihrer Veranlagung grundsätzlich an die Personaleinkommensteuer anlehnt. Ein Gesetzentwurf, der sich in dieser Richtung bewegt, ist im Staatsamte für Finanzen in Ausarbeitung begriffen.

Der Kabinettsrat hat sich gestern mit dieser Frage eingehend beschäftigt, doch ist eine Entscheidung noch nicht getroffen worden. Da die Lösung durch ein Gesetz erfolgen soll, muß es dem Staatsrat und der Nationalversammlung unterbreitet werden. Die Frage hat keine unmittelbare Aktualität, da die Regierung mit Rücksicht auf die jetzigen Schwierigkeiten der Broterzeugung in der allernächsten Zeit eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise nicht ins Auge faßt. Nunmehr werden dem Staatsrate Vorschläge über das Ausmaß der Heberwälzung auf den Konsum und über die Steuer, durch welche der Rest des Defizits heringebracht werden soll, unterbreitet werden.